

Konferenzbericht

6th International Degrowth Conference for ecological sustainability and social equity, Malmö 2018: Dialogues in turbulent times (21-25. August 2018)

Beier, Annika; **Grimpe**, Stefan; **Janetschek**, Gérard; **Kornfeld**, Klaas Malte; **Kurth**, Sina-Sophie; **Matthes**, Sebastian; **Peckmann**, Paula; **Schulz**, Leonhard; **Spielvogel**, Vivianne

Vom 21-25. August 2018 fand die 6. internationale *Degrowth*-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit in Malmö (Schweden) statt. Die Tagung wird seit 2008 regelmäßig von der *Research & Degrowth* Gruppe¹ sowie einem lokalen Organisationkomitee ausgerichtet. Neben der Hauptveranstaltung wurden 2018 zwei weitere Konferenzen organisiert. Bereits vom 19-21. Juni fand in Mexiko-Stadt ein Nord-Süd-Dialog über *Degrowth* mit dem Titel „*Decolonizing the social imaginary*“ statt. Vom 18-19. September wurde außerdem eine Postwachstumskonferenz auf dem Gelände des Europäischen Parlaments in Brüssel abgehalten.

Die Konferenz in Malmö stand unter dem Titel „*Dialogues in turbulent times*“ und hatte sich zum Ziel gesetzt die *Degrowth*-Debatte thematisch wie auch geographisch zu konsolidieren. Demnach galt es sich über den aktuellen Stand der Debatte und die jüngste Forschungsarbeiten auszutauschen sowie das Netzwerk der an dem Thema Interessierten zu stärken. In diesem Kontext präsentierte sich Malmö als eine kulturell diverse Stadt mit lokal stark vertretenen sozialen Bewegungen und alternativen Organisationsformen. Über 40 Prozent der Bevölkerung Malmö wurden nicht in Schweden geboren. Viele Menschen sind insbesondere in den vergangenen Jahren aus dem Irak, Syrien und dem ehemaligen Jugoslawien gekommen. Diese Vielfalt spiegelte sich auch in dem vierzig Menschen umfassenden lokalen Organisationsteam wieder, darunter mehrheitlich Frauen und Menschen mit überwiegend nicht-akademischem Hintergrund. Hierdurch wies die *Degrowth*-Konferenz einen besonderen Charakter auf, der sie von einer klassischen akademischen Tagung unterschied. Dies wurde von dem umfangreichen Programm unterstrichen: An fünf Tagen fanden über 150 Sessions

¹ Hierbei handelt es sich um eine Vereinigung von Akademiker*innen, die sich dem Thema *Degrowth* widmen. *Research & Degrowth* betreiben eigene Forschungsarbeiten, organisieren Events rund um die Postwachstumsthematik und versuchen das Bewusstsein für das Thema zu stärken. Zu den Aktivitäten zählt ebenfalls die der *Degrowth*-Konferenzen. Nähere Information sind über den Internetauftritt der Vereinigung abrufbar: <https://degrowth.org/> (Zugriff am 19.11.2018).

statt. Neben *keynotes* und klassischen akademischen Panels sowie *Paper-Sessions* zeichnet sich die Veranstaltung durch verschiedene partizipatorische und künstlerische Angebote aus. So wurde die Tagung von verschiedenen musikalischen Beiträgen und kleineren Ausstellungen begleitet. Die *Participatory-Sessions* waren ausdrücklich konzipiert um die Teilnehmer*innen aktiv in die Veranstaltung einzubinden. Dies geschah auf unterschiedliche Weise, etwa durch eine gemeinsame Postergestaltung oder den Erfahrungsaustausch der Aktivist*innen.

Insgesamt kamen in Malmö über 600 Teilnehmer*innen aus allen Teilen der Welt zusammen. Neben Schweden kamen die meisten Anmeldungen aus Deutschland, Österreich und den skandinavischen Nachbarstaaten. Hervorzuheben ist der interdisziplinäre Charakter der Veranstaltung. Das Feld der Teilnehmer*innen setzte sich zusammen aus Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Disziplinen und Ländern. Neben einer weitgehenden Abdeckung der Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften waren Stadt-, Land- und -Umweltplanung, (Sozial)Psychologie, Rechtswissenschaften und Umweltwissenschaften vertreten. Darüber hinaus waren Aktivist*innen u.a. feministischer, ökologischer, anti-kapitalistischer, anti-rassistischer und indigener sowie menschenrechts-Bewegungen beteiligt.

Eröffnung (21.08.2018)

In der Eröffnung wurde die Zuspitzung der multiplen globalen Krise betont. Darin wurden der Klimawandel in Folge der dramatischen Erderwärmung in Zusammenhang mit Flucht- und Migration sowie dem Aufstieg rechter Bewegungen und Parteien insb. im Globalen Norden in Beziehung gesetzt. Vor allem in Europa und den U.S.A. hat die Einwanderung von Menschen aus dem Globalen Süden zuletzt ein Wiedererstarken rassistischer und nationalistischer Einstellungen befördert. Hierbei wurde die Gleichzeitigkeit dieser Phänomene wie auch die Expansion des Wachstumsparadigmas problematisiert. In dem anschließenden Eröffnungsplenum „*Sweden in turbulent times*“ sollten die zentralen Themen der Konferenz gesetzt werden. Hierzu wurde die Ausgestaltung und Zuspitzung der multiplen Krise von drei lokalen Redner*innen auf den schwedischen Kontext bezogen. Dabei wurde das oftmals romantisierende Bild Schwedens, als ein stabiles und demokratisches Musterland mit einem funktionierenden Wohlfahrtsstaat, niedriger sozialer Ungleichheit, exzellenten Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie progressiver Umwelt und Migrationspolitik hinterfragt. Ellie Cijvat (*Friends of the Earth*) kritisierte ein Zunehmen sozialer Ungleichheit, das im Zusammenhang stehe mit den neoliberalen Reformen der vergangenen Dekade. Hiervon wurden vor allem das schwedische Bildungs- und Wohlfahrtssystem betroffen. Im Bereich der Klimapolitik kritisierte Cijvat den ansteigenden Ressourcenkonsum. Trotz des Pariser Klimaabkommens von 2015 werde der

Straßenverkehr in Schweden ungezügelt ausgebaut. Darüber hinaus existierten nicht-nachhaltige Wirtschaftszweige, wie eine kapital-intensive Forstindustrie, hochindustrielle Landwirtschaft sowie verschiedene Großbergbauprojekte, die erhebliche ökologische Beeinträchtigungen nach sich zögen. Daniel Sestrajic von der schwedischen Linkspartei eröffnete mit einem Plädoyer für die emanzipatorische Kraft von Basisbewegungen. Die Ursache für die zunehmende Ungleichheit sah er in der neoliberalen Politik der vergangenen Jahre. Das marktzentrierte Wirtschaftsmodell habe zu den Kürzungen bei der Wohlfahrtspolitik geführt und darüber hinaus zu einer Entpolitisierung der schwedischen Gesellschaft beigetragen. Die Autorin und Journalistin Shora Esmailian widmete sich in ihrer Rede dem zunehmenden Rassismus in Schweden. Die Reaktion der Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Grünen auf die Migrationsbewegungen sei eine Kehrtwende in der liberalen Einwanderungspolitik durch die Einführung der Grenzkontrollen Ende 2015. Esmailian betonte den Zusammenhang zwischen dem wachstumszentrierten Wirtschaftsmodell und der globalen Erderwärmung, die eine Hauptursache für erzwungene Migration darstelle. Anstatt die Mitverantwortung für den Klimawandel zu tragen, verteidigten die Staaten des Globalen Nordens ihre privilegierte Position gegenüber dem Eintritt von Menschen des Globalen Südens.

In der anschließenden Diskussion wurde angeführt, dass das Wachstumsparadigma in der schwedischen (wie auch weitgehend im globalen Kontext) immer noch kaum hinterfragt werde. Im Folgenden wurden Fragen nach der Rolle der Demokratie bei der Gestaltung einer nachhaltigeren Welt aufgeworfen. Ist etwa den multiplen globalen Herausforderungen durch eine qualitative Vertiefung der (*top-down* oder *bottom-up*) Demokratie zu begegnen und wie könnten hierfür die politischen Partizipationschancen ausgebaut werden? Ebenfalls wurde nach den möglichen Träger*innen eines Nachhaltigkeitsparadigmas gefragt. Diese Punkte sollten in den kommenden Tagen diskutiert werden. Der Bericht konzentriert sich auf die Eckpunkte des Konferenzprogramms, darunter die Transformationsprozesse und -bedingungen zu einer Postwachstumsgesellschaft sowie der Umgang mit zentralen Herrschafts- und Machtasymmetrien – und damit Ungleichheitsregimen (u.a. Gender, Race). Aufgrund des umfassenden Konferenzprogramms liefert unsere Schilderung nur einen Ausschnitt der Veranstaltung.

2. Konferenztag (22.08.2018)

Der zweite Tag der Konferenz bot ein vielfältiges Veranstaltungsangebot und beschäftigte sich unter anderem verstärkt mit dem Zusammenhang von (1) *Degrowth* und Feminismus und (2) *Degrowth* und Bildung. Mit dem Ziel Feminismus und Postwachstum miteinander zu verknüpfen fanden unter dem Titel “*Feminism(s) and degrowth*” gleich zwei aufeinander folgende Panels statt. Hintergrund für die

Durchführung dieser zusammenhängenden Panels war die erhöhte Nachfrage nach diesem Themenbereich auf der fünften *Degrowth* Konferenz in Budapest 2016. Im ersten Panel lieferten Ariel Salleh (University of Sydney) und Stefania Barca (Universität Coimbra, Portugal) einen Überblick über den Ökofeminismus. Salleh arbeitete heraus, dass sich die Konzepte des Ökofeminismus mit denen der *Degrowth* Bewegung ergänzen. Sie verwies auf verschiedene Theorien und Gedanken von z.B. Hikka Pietiliä und Vandana Shiva in welchen die Reproduktionsfähigkeit und Unterdrückung von Frauen und der Natur miteinander in Bezug gesetzt werden. Anschließend gab Stefania Barca einen Überblick essentieller Arbeiten der Debatte. Letzterer fehle es aus Sicht von Barca oftmals an einem systematischen Verständnis des Patriarchats und der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Der Schlüsselbeitrag des Ökofeminismus sei die Feststellung, dass Wachstum auf der Unterbewertung und Übernutzung von reproduktiver Arbeit, zumeist der von Frauen, beruhe.

In dem weiterführenden Panel berichtete zunächst Camilla Rolando Mazzuca (Autonomous University of Barcelona) von ihrer Forschungsarbeit zum Phosphat- und Mineralabbau im Senegal und belegte, dass Frauen aufgrund eines geringen Mitspracherechts, von den hierbei entstehenden negativen Effekten am stärksten betroffen seien. Corrina Dengler (Universidad of Andina Simón Bolívar) beschäftigte sich mit Strategien, wie in Zukunft mit bislang unbezahlter, zumeist von Frauen verrichteter Pflege innerhalb der Familie umgegangen werden könne. Diese Arbeiten müssten in der Gesellschaft sichtbar gemacht werden, um Geschlechterstrukturen zu durchbrechen. Es sei jedoch darauf zu achten, dass hierdurch kein neuer Niedriglohnsektor entstünde. Mit einem ähnlichen Thema befasste sich auch Carolyn Kagan (Steady State Manchester). Sie unterstrich die soziale Rolle, die Frauen in der Gesellschaft durch ihre Kommunikations- und Vernetzungsfähigkeit einnehmen würden. Vom Publikum schmunzelnd aber unhinterfragt hingenommen führte sie aus, dass Frauen anders als Männer ihre Freizeit seltener untätig verbringen würden, sondern durch einen Austausch mit z.B. Nachbarn und anderen Eltern wichtige Strukturen in der Gesellschaft schafften. Da die Vorträge zeitlich leicht überzogen wurden, fand mit Verweis auf das dritte Panel am Ende der Woche nur eine kurze Diskussions- und Fragerunde statt. Um eine ausführlichere Diskussion zu ermöglichen ist ein separates Panel sicherlich eine gute Lösung. Sinnvoller wäre es jedoch gewesen dieses noch am selben oder aber direkt am darauffolgenden Tag abzuhalten.

Zum Thema Bildung und Degrowth gab es an diesem Konferenztag eine akademische Veranstaltung mit dem Titel „*Education and degrowth in turbulent times*“ sowie eine partizipatorische Veranstaltung „*Degrowth dialogues with students: Moving talk to action*“. Bei der akademischen Veranstaltung referierte Luis Prádanos, Doktorand an der University of Miami, wie er in seinen Seminaren auf das leistungsorientierte Denken komplett verzichtet. Stattdessen versucht er den Blick der Studenten auf die Machtstrukturen zu schärfen und die Sichtweise der Betroffenen einzunehmen. Sofia Getzin,

Doktorandin an der Universität Zürich, stellte ihr Dissertationsthema zu Bildungsfragen aus der *Degrowth*-Perspektive vor. In Ihrem Befund stellte Getzin heraus, dass die meisten Curricula das Wachstumsparadigma befürworten und somit subtil das Denken der Schüler*innen beeinflussen. Mandy Singer-Brodowski (Freie Universität Berlin) stellte problemorientiertes Lernen in den Vordergrund, da es Schüler*innen die Chance gäbe, sich kritisch mit Themen auseinanderzusetzen. Dazu bedürfe es eines emanzipatorischen Ansatzes, der das Mitspracherecht von Schüler*innen fördere und die Reflektionskompetenz der Kinder ausbilde. Fragen zu den Vorträgen wurden zwar beantwortet, jedoch kam eine Diskussion nicht zustande.²

Das zweite Panel wurde angeleitet von Meredith Powers und Susan Andreatta, beide Professor*innen von der North Carolina University. Sie berichteten über die Schwierigkeiten, das Thema *Degrowth* in den U.S.A zu lehren und führte dies insbesondere darauf zurück, dass politische Diskussionen in den Medien sowie im privaten Kreis oftmals sehr populistisch und diffamierend geführt würden. Somit war es Powers und Andreattas Veranstaltungsziel angesichts von erstarktem Populismus mit alternativen Fakten, einen Gegenentwurf mit Austausch bzw. Dialogen zwischen den Teilnehmer*innen über die Lehre von *Degrowth* sowie gemachte Erfahrungen mit dem Thema zu ermöglichen. Im Gruppengespräch wurden weitere Themen diskutiert wie der Umgang mit Umweltschutz, politische Partizipation, der Lehre von Geschlechterrollen sowie Fragen zur Vermögensverteilung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Inhalte und Schwerpunkte der besuchten Panels durchaus interessant und informativ waren und auch Themeneinsteiger einen guten Anschluss finden konnten. Es fehlte jedoch die Rück- und Einbindung an die Ergebnisse der vorherigen Konferenzen. Weiter verliefen alle erlebten Diskussionen recht einseitig, da es an kontroversen Perspektiven mangelte und sich die Besucher überwiegend aus einer politisch-homogenen Klientel zusammensetzen schienen.

² Hierzu ist anzumerken, dass beispielsweise das niedersächsische Kerncurriculum des Schulfachs Politik-Wirtschaft die oben geforderten Standpunkte bereits beinhaltet. Zum einen sollen die Schüler*innen zu verantwortungsbewussten Erwachsenen gegenüber ihren Mitmenschen und der Umwelt ausgebildet werden. Zum anderen sollen sie dazu befähigt werden ihr eigenes Urteil über die Zielkonflikte zwischen Wirtschaftswachstum und Schutz der Umwelt zu formulieren. Jegliche Form der Beeinflussung oder Indoktrination von Meinung seitens des Lehrers gegenüber seiner Schüler*innen ist hierin ausdrücklich verboten (vgl. Niedersächsisches Kultusministerium 2007: Kerncurriculum für das Gymnasium – gymnasiale Oberstufe, die Gesamtschule – gymnasiale Oberstufe, das Fachgymnasium, das Abendgymnasium, das Kolleg. Politik-Wirtschaft).

3. Konferenztag (23. August)

Der dritte Tag der Konferenz begann mit der *Keynote* von Inge Røpke von der Aalborg Universität in Kopenhagen. Die dänische Professorin beschäftigt sich mit ökologischer (Makro-)Ökonomie und untersucht die Rolle der Institutionen auf dem Weg in eine Postwachstumsgesellschaft. Die Referentin zeigte zunächst die Probleme und Missstände auf, die mit der westlichen Wirtschafts- und Lebensweise einhergehen, wobei vor allem das Konsumverhalten und der damit verbundene Ressourcenverbrauch sowie die Umweltbelastung von ihr hervorgehoben wurden. Sie erläuterte die Notwendigkeit von öffentlichen Investitionen (z.B. in erneuerbare Energien) um Nachhaltigkeit zu gewährleisten und riss damit gleichzeitig eins der größten Probleme der *Degrowth*-Debatte an: das Vorherrschen von Strukturen, welche die Postwachstumsgedanken für den privaten Sektor und auch für Einzelpersonen zunächst unattraktiv machen. Dass ein selbstständiger Wandel innerhalb der Strukturen des freien Markts stattfindet ist nach Røpkes Überzeugung kaum möglich. Sie sieht daher die Regulation des Marktes und anderer Institutionen als Schlüssel, um ein nachhaltiges System zu schaffen, das die neuen Technologien in einer ganzheitlichen Ordnung nutzt und die vorhandenen Ressourcen so organisiert, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt und größere soziale Gerechtigkeit erreicht werden können. Allerdings erläuterte sie nicht, wie genau diese Regulation aussehen soll oder wie es auf politischer Ebene eine Entscheidung zugunsten dieser Möglichkeit geben kann, die immerhin ein enormes Umdenken erfordert. Røpke beschrieb dieses Umdenken zwar als das Dekonstruieren von Betrachtungsweisen und Barrieren aus „Mythen“, führte jedoch keine Beispiele an, wie diese Dekonstruktion erreicht werden kann.

Die Möglichkeiten und Bedingungen einer Transformation in Richtung Postwachstumsgesellschaften wurde auch im abendlichen Plenum von Stefanie Barker (University of Coimbra), Andreas Malm (Lund Universität), Ruth Kinna (Loughborough University) und Nicolas A. Ashford (Massachusetts Institute of Technology) diskutiert. Im Zentrum standen dabei die Fragen, (1) wie die Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft gestaltet werden kann, (2) ob diese von „oben“ oder „unten“ passieren soll bzw. muss und (3) wie eine Postwachstumsgesellschaft konkret aussehen sollte. Mit Bezug auf die strukturellen Hindernisse, die Inge Røpke am Morgen erläutert hatte, plädierte Stefanie Barker für die Dekonstruktion von Betrachtungsweisen als notwendige Transformationsbedingung. Im folgenden Beitrag brachte Andreas Malm konkrete Vorschläge im Kampf gegen den Klimawandel vor. Er betont wie wichtig es sei, durch eine Reihe von unmittelbaren Maßnahmen negative Emission zu erreichen. So formulierte er die Forderung, mit sofortiger Wirkung alle Inlandsflüge zu verbieten. Außerdem wies er darauf hin, dass Aktivismus äußerst wichtig sei, um Veränderungen in der Klimapolitik zu bewirken. Dabei solle es nicht länger um Protest gehen, sondern um Widerstand, mit dem Ziel Veränderungen zu erzwingen. Malm war nicht der einzige Sprecher der Konferenz, der in

seinen Ausführungen zwar punktuell wichtige Aspekte bearbeitete, dabei aber die strukturellen Wachstumstreiber der Angebot- und Nachfrageseite weitgehend unbeachtet ließ. Ashford zog ausdrücklich eine Transformation des Kapitalismus in Betracht und formulierte deutliche Kritik an der Debatte. Er betrachtet *Degrowth* nicht bloß als Abkehr vom Wachstum, sondern setzt die Bewegung mit nachhaltiger Entwicklung gleich, welche seiner Meinung nach nicht zwangsläufig mit dem Verzicht auf Wachstum einhergehen muss. Stattdessen dekonstruierte er den Begriff Wachstum und zeigte auf, wie und auf welche Weise sich ökonomisches Wachstum nachhaltig erreichen ließe. Als wichtigen Punkt benannte er die Regulierung des Markts zur Entkopplung von physikalischem Wachstum und Profit, sodass es rentabler werde, weniger zu produzieren. Er betonte die Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit bei der Regulierung um Externalisierungen. Weiterhin führte Ashford an, dass die bereits vorhandene Technologie nachhaltig genug und daher neue Entwicklungen zunächst nicht notwendig seien. Das Problem liege vielmehr in der fehlenden Regulierung der Märkte, die dazu führe, dass z.B. die Nutzung endlicher, fossiler Rohstoffe immer noch profitabler sei, als der Umstieg auf erneuerbare Energien. Ein freier Markt könne nicht erkennen, welche Technologien tatsächlich umweltschonender seien, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und deren Entwicklung und Nutzung somit auch nicht ausreichend fördern.

4. Konferenztag (24.08.2018)

Die *Keynote* des vierten Konferenztages wurde von Max Koch (Professor für soziale Arbeit, Lund-Universität) gehalten und stand unter dem Titel „*Welfare without growth*“. Koch präsentierte sein Konzept des „nachhaltigen Wohlergehens“ bei dem garantiert werden soll, dass die menschlichen Bedürfnisse für alle Erdbewohner*innen, gegenwärtig und in Zukunft, im Hinblick auf die planetarische Grenzen und jenseits des ökonomischen Wachstums, gedeckt sind. Er begann seine Präsentation mit der Darstellung der Entstehung des modernen Wohlfahrtsstaates westeuropäischer Prägung. Nach Koch war hierfür die Ausweitung des Massenkonsums nach dem Zweiten Weltkrieg und der einsetzende Wirtschaftsbooms entscheidende Grundlage. Indem die staatlichen Einnahmen für die Errichtung des Wohlfahrtsstaates genutzt wurden, konnte erstmals eine Abkopplung der sozialen Sicherheit vom Arbeitsmarkt erreicht werden (Dekommodifizierung). Koch kritisierte, dass sich die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zwar gegen Ungleichheit richten und Menschen tendenziell in eine bessere soziale Lage brächten, in gleicher Weise jedoch der Umwelt schaden würden.³ Im weiteren Verlauf des Vortrags stellt Koch anhand einer eigenen Studie vor, dass ökologische Nachhaltigkeit,

³ Hierzu führte Koch das kontroverse Beispiel an, dass Leistungen u.a. dafür genutzt würden, um sich bspw. Flüge nach Thailand zu leisten.

soziale Integration sowie Lebensqualität vom Wachstum des Bruttoinlandsprodukts abhängig seien. Er betont insbesondere das Problem, dass auch das subjektive Wohlergehen mit dem BIP korreliert: „*The richer, the dirtier, the happier*“. Hieran anknüpfend plädierte Koch dazu den Begriff des Wohlergehens nachhaltiger zu gestalten. Koch brachte daraufhin die wesentlichen Eigenschaften des nachhaltigen Wohlergehens mit dem Klimawandel als transnationales und transgeneracionales Phänomen in Verbindung. Nachhaltiges Wohlergehen sollte, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, in allen Ländern und über zukünftige Generationen hinweg gültig und anwendbar sein (*universalisability, intertemporality*). Da das subjektive Wohlbefinden an das BIP gebunden sei, priorisiert Koch in seinem Konzept die Indikatoren des objektiven Wohlbefindens, welche sich auf die menschlichen Bedürfnisse reduzieren. Diese „*basic human needs*“ setzen sich aus physischer und psychischer Gesundheit (sauberes Wasser, Nahrung, sicheres Zuhause und Umgebung) sowie „*critical autonomy*“ (sichere Kindheit, angemessene Bildung) zusammen. Hierbei unterschied Koch die Bedürfnisse zwischen „*wants*“ und „*need*“. Im Gegensatz zu „*wants*“ (Wünsche, die über die Grundbedürfnisse hinausgehen) sind „*needs*“ limitiert und mit den planetarischen Grenzen vereinbar. Ohne Nachhaltigkeit besteht die Gefahr, dass die Befriedigung fundamentaler Grundbedürfnisse für spätere Generationen nicht mehr garantiert werden kann. Koch forderte einen Dialog zwischen den Generationen, wobei aktuelle „*needs*“ immer über denen der Zukunft lägen, jedoch die „*needs*“ der Zukunft immer über dem extravaganten Luxus der Gegenwart stünden. Dafür sollten die Wirtschaft und die Gesellschaft anhand ihrer Möglichkeit zur angemessenen Bedürfnisbefriedigung bewertet und umgestaltet werden. In welcher Form dies geschehen soll blieb jedoch offen.

Insgesamt kann Max Kochs Vortrag als durchaus interessant bezüglich seiner Studie über ökologische Nachhaltigkeit, soziale Integration und Lebensqualität bezeichnet werden. Ebenso sollten seine grundsätzlichen Überlegungen über Nachhaltigkeit im Wohlfahrtsstaat zukünftig verstärkt Eingang in die *Degrowth*-Debatte finden. Jedoch blieben wichtige Punkte in seinem Ansatz eines nachhaltigen Wohlergehens offen. So wurden aktuelle Herausforderungen, wie z.B. der Fachkräftemangel (wie in der Pflege) oder die Finanzierung von Spitzenforschung (Krebstherapie) in seinen Überlegungen ausgeblendet. Es stellte sich uns daher die Frage, wie Kochs Konzept von einem nachhaltigen Wohlfahrtsstaat finanziert werden soll. Auch auf Nachfrage aus dem Plenum gab Koch zu, dass bisher keine Kalkulation der Kosten stattgefunden habe und wiederholt lediglich, dass die Kosten nicht nur durch bloße Besteuerung getragen werden können.

5. Konferenztag (25.08)

Am letzten Tag der Konferenz hielt Lynne Segal (University of Sidney) die Keynote „*Resources of Hope: Moments of collective joy*“. Segal stellte utopische und dystopische Zukunftsvisionen gegenüber, wobei die ersten durch letztere verdrängt würden. Angesichts großer politischer, sozialer und ökologischer Herausforderungen sei es notwendig, soziale Bewegungen spontanen und beständigen Typs zu bestärken, indem permanent auf die Taktiken spontanen Widerstands aus der Vergangenheit zurückgegriffen werde. Auch wenn dystopische Szenarien die Zukunftsspekulationen des zwanzigsten Jahrhunderts dominiert haben, wurden sie häufig von Höhepunkten der Hoffnung und geteilten Freude unterbrochen. Dies belegte die sich selbst als sozialistische Feministin bezeichnende Segal mit Literatur und Praxen des Widerstands, die vorwiegend aus den Bereichen Kapitalismuskritik/Arbeiter*innenbewegung und feministischer Theorie/Frauenrechtsbewegung stammten. Daraufhin betonte die Referentin die Abhängigkeit des Glücks von der Umwelt. Glück müsse als Art des Handelns begriffen werden, als eine Energie, die uns an das Leben bindet und uns dazu leitet, Dinge zu tun, die uns sinnvoll und wichtig erscheinen. Erstrebenswert sei daher eine „tiefgreifende Freude“ (Adrienne Rich), die sich als Momente geteilten Glücks im gemeinsamen politischen Engagement versteht. Es sei zudem wichtig, die größten progressiven Allianzen der Solidarität ausfindig zu machen, sowohl in alternativen Räumen und Nischen des Widerstands, als auch im institutionalisierten Mainstream der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Politik. Einigkeit kann sowohl über das geteilte Leid geschaffen werden, als auch über die Möglichkeit der Freude am kollektiven Kampf. So wie Judith Butler sagt, besteht in der Erkenntnis, gemeinsam verletzt werden zu können, eine einheitsstiftende Möglichkeit, um Momente des Widerstands kollektiv zu gestalten. Diese erhöhe das Gefühl der Sinnhaftigkeit des Lebens oft über Generationen hinaus. Der Fokus des Beitrags sprach damit deutlich den politischen Aktivismus der Zuhörer*innen an, vernachlässigte jedoch die Verknüpfung mit den Eckpunkten der Konferenz. An dieser Stelle wäre eine abschließende Reflexion und Rahmung der Tagung wünschenswert gewesen.

Abschließende Reflexion

Abschließend bleibt zu reflektieren, welche Ergebnisse die Konferenz ergeben hat, welche Fragen aufgeworfen wurden bzw. welche Fragen offen geblieben sind? Angesichts des weitreichenden Programms sind diese Punkte nicht ohne weiteres zu beantworten, denn es fehlte ein umfassender Rahmen, des bisweilen unübersichtlichen Angebots. So wurde die Möglichkeit verpasst, in der Eröffnung die prägenden Leitfragen zu formulieren. Ebenso kam die – zugegeben höchst anspruchsvolle Aufgabe – der Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse und offenen Fragen

der Tagung zu kurz. Die 6. Internationale *Degrowth*-Konferenz hatte sich zum Ziel gesetzt die Debatte zu konsolidieren und angesichts aktueller Entwicklungen die Bewegung zu reflektieren. Doch ist insgesamt unklar geblieben, wo die Postwachstums-Bewegung, -Debatte und auch -Forschung im Jahr 2018 steht. Was hat sich seit Leipzig (2014) und der Nachfolgekonferenz Budapest (2016) konkret getan? Welchen Fragen sollten zukünftige Forschungsarbeiten nachgehen? Welche Strategien sind für Aktivist*innen vielversprechend? Seit der ersten *Degrowth*-Konferenz sind 10 Jahre vergangen. 2018 wäre also ein interessanter Zeitpunkt für eine Bestandsaufnahme gewesen. Zweifelsohne wurden in den vergangenen Jahren spannende Forschungsergebnisse erzielt und vielversprechende Konzepte erarbeitet, die etwa für die Analyse von Machtverhältnissen, der Frage nach einer nachhaltigen Transformation sowie den möglichen Alternativen auf dem Weg in eine Postwachstumsgesellschaft wichtige Beiträge darstellen. So klang das Potential des Forschungsschwerpunktes in verschiedenen Panels durch, wie etwa in der Auseinandersetzung mit dem analytischen Konzept der imperialen Lebensweise von Ulrich Brand und Markus Wissen. Hiermit gemeint ist eine historisch gewachsene, ressourcenintensive Konsum-, Produktions- und Lebensweise, die neben der globalen Oberschicht, die Mittelschichten des Globalen Nordens sowie zunehmend auch aufsteigenden Schichten des Globalen Südens umfasst. Diese Lebensweise ist in Strukturen und Alltagspraxen eingeschrieben, basiert auf der Reproduktion sozialer Ungleichheiten und zeichnet sich dadurch aus, dass sie die negativen sozio-ökonomischen und ökologischen Effekte weitgehend externalisiert, also z.B. in periphere Gebiete auslagert. Das analytische Potential des Begriffs liegt nicht zuletzt in der Verknüpfung von Globalem Norden und Globalem Süden.⁴ So stellen etwa die rohstoffbasierten Entwicklungsmodelle im Globalen Süden, wie der Neo-Extraktivismus in Lateinamerika, eine Grundbedingung für die Ausübung und Vertiefung der imperialen Lebensweise im Globalen Norden dar. Die emanzipatorischen Kämpfe gegen die Naturausbeutung in Lateinamerika sind dadurch mit den Postwachstumsbewegungen verknüpft.

Über die Konferenz hinweg klang die zentrale Bedeutung einer radikalen qualitativen Vertiefung der Demokratie als Kernelement für eine sozial-ökologische Transformation durch. So wurde in verschiedenen Veranstaltungen die Bedeutung der Demokratie unterstrichen und zentrale Fragen andiskutiert, wie die Demokratie ausgeweitet werden kann und welche Rolle die politische Linke in diesem Prozess spielen sollte. Einen Schwerpunkt setzte hierbei die Buchpräsentation *Alternatives in a world of crisis* der internationalen Arbeitsgruppe *Beyond Development* des Brüsseler Büros der Rosa Luxemburg Stiftung.⁵ In sechs Fallstudien (aus Nigeria, Indien, Venezuela, Spanien, Ecuador und

⁴ Brand/Wissen 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus. Oekom Verlag München.

⁵ Global Working Group Beyond Development (2018): *Alternatives in a World of Crisis*. Rosa Luxemburg Stiftung Brüssel.

Griechenland) werden radikale demokratische Projekte untersucht, die eine Inspiration bei der Suche nach gesellschaftlichen Lösungsansätzen darstellen könnten. Der übergreifende Gedanke führte dabei weg von einer Demokratievorstellung, die lediglich über turnusmäßig durchgeführte, formale Parlamentswahlen gelebt werde. In einem Schlusskommentar unterstrich wiederum Ulrich Brand die Verbindung zwischen dem Wachstumsparadigma und strukturellen Herrschaftsformen (wie Klasse, Gender, Ethnizität) und betonte die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung der Gesellschaften. Um die Machtverhältnisse auszubrechen sei es unerlässlich, eben jenen im Zuge einer radikalen Demokratisierung eine Stimme zu geben, die durch die bestehenden Herrschaftsstrukturen benachteiligt seien.

Insgesamt wurde über fünf Tage ein breites Angebot an Panels, Buchpräsentationen, *Keynotes*, Mitmach- und Aktivisten-Sessions sowie künstlerischen Input geboten. Die Konferenz zeichnete sich zudem dadurch aus, dass sie für Nachwuchswissenschaftler*innen und Aktivist*innen eine Plattform bot, methodische und theoretische Ansätze zu präsentieren und zu diskutieren. Allerdings ließen die zum Teil sehr dichten Panels zu selten Gelegenheit für tiefere Diskussionen. So entstand der Eindruck, dass in den Grundpositionen zwischen den Teilnehmer*innen weitgehende Einigkeit herrschte. Dadurch kamen wenig kontroverse Debatten auf und das Postwachstumspostulat selbst wurde damit kaum zur Disposition gestellt. Dabei wäre gerade die Konfrontation mit Vertreter*innen *Degrowth*-kritischer Auffassungen erfrischend und fruchtbar gewesen. Das Problem scheint weiterhin, dass die Debatte vom Mainstream in Politik und Wissenschaft kaum wahrgenommen oder besser gesagt bewusst ausgeblendet wird. Für 2020 könnte es höchst sinnvoll sein, gezielt den Austausch mit etablierten und kontroversen Positionen (z.B. Parteien, liberale Wirtschaftsauffassungen, Umweltingenieur*innen und auch anderen kapitalismuskritische Strömungen) zu suchen.